

**Wir machens gerecht****Gute Arbeit – weniger Bürokratie**

»Nun bekommt Thüringen einen Vergabe-Mindestlohn, für den wir lange gekämpft haben«, freut sich *Dieter Hausold*. Mitte Februar haben sich DIE LINKE, SPD und Grüne im Thüringer Landtag auf das künftige Tarif- und Vergabegesetz geeinigt, berichtet der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion.

Wirtschaftspolitiker *Hausold* erklärt, was die neuen Regeln für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen des Landes bringen: »Wir geben Tarifverträgen Vorrang und erhöhen damit den Anreiz, sich als Arbeitgeber wieder tariflich zu binden.« Zugleich werde die Bürokratie beseitigt: »Das Bestbieterprinzip sichert zu, dass nur noch Ausschreibungsgewinnende notwendige Nachweise vorlegen müssen. Das wird den Anreiz für viele kleine und mittlere Unternehmen erhöhen, sich wieder an Ausschreibungen zu beteiligen.«

*Hausold* betont, dass für DIE LINKE weitere Verbesserungen vorstellbar sind: »Insbesondere die kommunalen Vergabestellen wollen wir stärken. Hier sind die oft komplizierten Regelungen aus EU-, Bundes- und Landesrecht eine Ursache, warum soziale und ökologische Kriterien wenig Anwendung finden. Ganz entscheidend könnte etwa eine Beratungs- und Qualifizierungsstelle sein, die Kommunen unterstützt. Hier sind wir auf Anregungen aus einer Anhörung im Parlament gespannt«, sagte der Wirtschaftspolitiker.



**Er ist zwischen 50 und 60 Jahre alt, gehört der unteren oder mittleren Mittelschicht an und ist von panischen Abstiegsängsten erfasst. Schließlich hat er – wenn er denn im Osten Deutschlands lebt, häufig dort, wo die Landschaften entvölkert sind – diverse schwere Brüche in seiner Biografie zu verarbeiten.**

Er leidet unter tiefsitzendem Groll, er ist wütend und gleichzeitig apathisch. Er ist für Argumente nicht mehr offen. Schließlich ist er das Volk. Die da oben sind Schuld, wenn morgen alles vorbei

**Solider Haushalt**

Investitionen in Arbeit, Bildung, Kultur und sozialen Zusammenhalt

**Der Landeshaushalt für 2018/19 ist ein echter Investitionshaushalt. Es wird massiv investiert: In die Menschen, in Bildung, sozialen Zusammenhalt, Kultur und Infrastruktur. Einige Beispiele: das gebührenfreie Kita-Jahr, bessere Qualität der Kita-Betreuung, Sanierung von Schulen und Sportanlagen, Schienen und Straßen, mehr Lehrer und höhere Ausbildungszahlen bei der Polizei – die Liste ist lang.**

Die Haushaltspolitik von Rot-Rot-Grün folgt seit Anfang einem Dreiklang: Investieren, Schuldenabbau und sichere Rücklagen. Denn, so sagt es der haushaltspolitische Sprecher der Thüringer Linksfraktion, *Mike Huster*: »Für Verbesserungen bei Bildung, Kultur, Gesundheit, Polizei, Feuerwehr, Sport, ÖPNV und all dem, was unser Leben ausmacht, brauchen wir einen stabilen, soliden und vorausschauend aufgestellten Landeshaushalt.«

16,3 Milliarden Euro Schulden haben die CDU-geführten Landesregierungen den Menschen in Thüringen hinterlassen. In der aktuellen Legislaturperiode sinkt dieser Schuldenberg um mindestens 838 Millionen Euro – dank Rot-Rot-Grün. Eventu-



elle Überschüsse aus den Jahren 2018/19 könnten das sogar noch verbessern. Dabei ist Schuldenabbau kein Selbstzweck, sondern eine Grundlage solider Finanzen. *Huster* kritisiert die Konservativen mit deutlichen Worten: Haltlos seien deren ständige Falschbehauptungen, die Koalition plündere die Rücklagen. Richtig sei dagegen, dass heute immer noch rund 100 Millionen Euro

mehr in der Rücklage sind, als Ende 2014 von der CDU übergeben wurden.

Zu kluger Haushaltspolitik gehöre, so sagt LINKE-Finanzexperte *Huster*, nicht nur die Tilgung alter Verbindlichkeiten und der Aufbau von Sicherheitsrücklagen, sondern auch Mehrausgaben genau dort, wogeschäftlich notwendige Investitionen getätigt werden müssen. ■

**»Der kleine Mann«**

Das Ziel der AfD-Stimmungsmacher.

ist. Was lassen die auch alle Fremden rein – wo doch kein Cent für die schwer arbeitenden Deutschen mehr da ist? Da wählt er AfD – die tun wenigstens was... Das ist sein Aufschrei.

Doch was ist dran am Image der AfD als Partei der schuftenden Mehrheit? Fest steht: Die Wählerinnen und Wähler der AfD sind derzeit nicht zu erreichen für Warnungen vor den rassistischen und faschistischen Tendenzen der Partei. Befragungen zeigen: Selbst, wo solche extremen Ansichten nicht wirklich geteilt werden, werden sie zumindest toleriert. Doch wie ist das mit dem Sozial- und Wirtschaftsprogramm der Rechtsaußen-Partei? Lasse sich hier ansetzen?

Über das verliert sie, abgesehen von bestimmten Zielen wie »Raus aus dem Euro« kaum Worte. Kein Wunder: Hier ist die AfD angreifbar. Sie ist Deutschlands asozialste Partei und damit an sich kaum wählbar für die jetzige Zielgruppe. Nur soll das keiner merken, denn das echte Programm – der Entwurf fürs Grundsatzprogramm vor zwei Jahren – der kam nicht gut. Der neue Hebel, der vor Nachfragen schützen soll, kommt von *Björn Höcke*: »Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär

die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.« Der Rassismus und die Ausgrenzung Nicht-Deutscher sollen ablenken von den Folgen der neoliberalen Ordnung, die die AfD sogar noch weiter auf die Spitze treiben will.

Natürlich will die AfD keine Vermögenssteuer – Reiche werden geschont. Aber sie will sogar die Grunderwerbssteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen. Deren Freibeträge liegen für Ehepartner, Kinder und Enkelkinder jetzt schon bei 400-500000 Euro. Eine komplette Abschaffung nützt also nur noch wirklich wohlhabenden Erben. Sie will die Mehrwertsteuer drastisch reduzieren – ohne irgendwo zu erklären, wo der Fiskus die Fehlbeträge dann hernehmen soll. Sie will die kommunale Gewerbesteuer völlig abschaffen – ohne zu erklären, wie die Kommunen sich dann finanzieren sollen. Eine »Steuer- und Abgabenbremse« soll verhindern, dass Kommunen oder Bundesländer Hilfe in Not bekommen. Ganze Landstriche dürften vollständig verarmen.

Doch auch das steht im AfD-Programm: »Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung«. Die Gemeinschaft soll systematisch geschwächt werden, der Einzelne muss sich selbst kümmern. Was für Blüten das dann treibt, zeigt der Entwurf zum Grundsatzprogramm: Das ALG I soll privatisiert werden – die Arbeitnehmer versichern sich privat oder lassen es bleiben. Vor allem aber: Die Arbeitgeber sind fein raus, werden gar nicht mehr an den Sozialabgaben beteiligt. Auch die gesetzliche Unfallversicherung soll abgeschafft werden, das Renteneintrittsalter könnte schon bald jenseits der 67 liegen.

Die AfD will das soziale Netz in Deutschland praktisch völlig abschaffen. Dabei käme der »kleine Mann« als erster unter die Räder, wäre hilflos den Marktgesetzen ausgeliefert. Doch weiß er überhaupt, wofür die AfD steht? Und würde es seine Wahlpräferenz womöglich beeinflussen? Würde es zumindest Zweifel säen, wenn man die AfD im Wahlkampf auf der Straße verstärkt über ihre dubiose Sozialpolitik angreift? Hardcore-Nazis in der AfD-Klientel sind sicher nicht zu erreichen. Wechselwähler aber womöglich schon. ■